

# Presseinformation



*Es gilt das gesprochene Wort!*

## TOP 13 – Umstellung des Schulsystems nur mit Dialog und Unterstützung

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Ines Strehlau:**

## **Landtagsfraktion Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 213.17 / 20.07.2017**

## **Mit der Rückkehrmöglichkeit zu G9**

### **liegen wir im Bundestrend**

76 Prozent der WählerInnen haben in einer Wahlbefragung mehr Lernzeit an Gymnasien gefordert. Sie wollen G9 an Gymnasien. Das ist eine eindeutige Mehrheit. Die Jamaika-Koalition nimmt diesen Wunsch ernst und wird die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren ermöglichen.

Wir Grüne hatten eine andere Position. Die Schule sollte Ruhe zum Arbeiten haben. Ohne neue Schulstrukturdebatten. Wir stehen aber zu dieser Lösung. Mit der Rückkehrmöglichkeit zu G9 liegen wir im Bundestrend, zumindest in den westlichen Bundesländern. Hessen, Niedersachsen und Bayern haben es vorgemacht. CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen haben diese Option im Koalitionsvertrag beschlossen.

Seit Juni ist in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, dass es ab dem Schuljahr 2019/2020 wieder G9 an unseren Gymnasien geben kann. Nun warten vor allem viele Grundschulleitern darauf, dass möglichst schnell die Entscheidung fällt, ob das Gymnasium ihrer Wahl zu G9 zurückkehrt oder bei G8 oder GY bleibt.

Die Schulen und Familien wollen schnell Planungssicherheit. Das haben sie in Gesprächen mit uns eingefordert. Gleichzeitig brauchen die Schulen einen Vorlauf für ihre Entscheidungsfindung und anschließend für die Umsetzung.

Das Bildungsministerium hat also auf der einen Seite die Aufgabe, zügig mit Lehrkräften, SchülerInnen, Eltern und Schulträgern über die Rahmenbedingungen für G9 ins Gespräch zu kommen. Sie alle müssen gut informiert werden, um eine solide Basis für ihre Entscheidung zu bekommen. Auf der anderen Seite muss genauso zügig eine

Schulgesetzänderung vorbereitet werden, auf deren Grundlage die Schulkonferenzen ihren Beschluss über ihren Weg zum Abitur fassen können.

Beiden Wünschen gerecht zu werden, ist eine echte Herausforderung. Wie so oft in der Politik, wird es nicht gelingen es allen recht zu machen. Allerdings wäre die Rückkehr zu G9 für eine Schule eine Rückkehr zu Bekanntem. Und aktuell bieten 15 von den 99 Gymnasien im Land den G9-Bildungsgang an. Und erst vor einem Jahr haben die letzten G9-Jahrgänge unsere Gymnasien mit dem Abitur verlassen. G9 ist also nicht neu. Es wird mit der Schulgesetzänderung hin zu G9 keine Zwangsveränderung geben. Das stellen wir in unserem Antrag klar. Die Schulen haben das Wahlrecht, bei ihrem Modell zu bleiben. Wir Grüne hätten uns allerdings die Hürde hierfür niedriger gewünscht. Aber Politik lebt vom Kompromiss, so auch hier.

Außerdem bitten wir die Landesregierung, die Schulen und Eltern bei ihrer Entscheidung zu begleiten und zu unterstützen. Und auch mit den Schulträgern über die möglichen Auswirkungen einer Rückkehr zu G9 ins Gespräch zu kommen.

Die Ministerin hat gestern ihren „Fahrplan für G9“ veröffentlicht. Dort sind diese Punkte enthalten. Das Ministerium wird viele Gespräche in unterschiedlichen Runden mit allen Beteiligten führen und Verfahren und Umsetzungsschritte diskutieren. Die politische Entscheidung zur Rückkehr zu G9 ist gefallen. Über das „ob“ brauchen wir keinen Dialog zu führen – zumal es eine Wahlmöglichkeit gibt. Über das „Wie“ werden wir uns in schriftlicher und mündlicher Anhörung und natürlich auch in bilateralen Gesprächen mit Schülern, Lehrern und Schulträgern austauschen. Die Kritik der SPD, wir würden ohne Dialog durchregieren, ist Quatsch.

Uns ist auch in dieser Wahlperiode der Dialog mit allen Beteiligten wichtig. Wir werden ihn in dieser Wahlperiode auch führen. Die Umstellung zu G9 ist aber eine Entscheidung, die einen zügigen parlamentarischen und ministeriellen Entscheidungsprozess braucht.

Es ist uns Grünen wichtig klarzustellen, dass die SchülerInnen beim G9-Bildungsgang in der Sekundarstufe I tatsächlich entlastet werden, die Wochenstundenzahl also wie bei den bestehenden G9-Gymnasialzweigen bleibt.

So kommt das versprochene Mehr an Zeit, zum Beispiel für außerschulische Aktivitäten, auch bei den SchülerInnen an. Die bis zum Aufwachsen des 13. Jahrgangs frei werdenden Stunden werden zur Stärkung des Bildungsbereiches eingesetzt. Baustellen gibt es viele: 100 Prozent Unterrichtsversorgung, Bildungsbonus für Schulen mit besonderen Herausforderungen und Inklusion sind für uns Grüne wichtige Punkte.

Uns ist bewusst, dass die Rückkehr zu G9 an Gymnasien die Konkurrenzsituation zu Gemeinschaftsschulen vergrößern kann. Deshalb werden wir als Koalition den Gemeinschaftsschulen Unterstützung geben, dass sie weiterhin eine starke Säule im Schulsystem bleiben. Dazu brauchen sie Ressourcen und Freiräume eine eigene Profilierung zu entwickeln, je nach Standort vielleicht mit Schwerpunkt Digitalem, Kultur, Technik. Wir werden dazu mit den Gemeinschaftsschulen diskutieren. Uns Grünen ist wichtig, dass Bildungsgerechtigkeit weiter ganz oben auf der Agenda steht.

\*\*\*